



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Bildung, Verbraucherschutz und Justiz, Aufarbeitung,
Religion, Frauen und Gleichstellung, Migration und Flucht

Weimar, 1. April 2015

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit mehr als 100 Tagen regiert eine rot-rot-grüne Regierung in Thüringen. Und wir sind aktiv dabei. In vielerlei Hinsicht ein Standortwechsel ohne Standpunktwechsel, der uns dennoch viel abverlangt. Aber wir haben es ja so gewollt.!

Die erste Aktivität der neuen Regierung war dann auch gleich ein überfälliger Akt der Humanität, wofür wir in den Jahren zuvor regelmäßig gekämpft hatten - der Winterabschiebestopp.

Und wir merken es tagtäglich: Regieren ist vor allem eines - sehr intensiv und arbeitsaufwendig. Es gibt unglaublich vieles zu klären, nicht nur zwischen den RegierungspartnerInnen, sondern vor allem mit den jeweils Betroffenen. Unser neuer Politikstil soll eben nicht die neuen Regeln von oben bescheren, sondern wir streben an, vorher ins Gespräch zu kommen, zuzuhören und wichtige Anregungen aufzugreifen. So halten wir es mit dem Bildungsfreistellungsgesetz, so werden wir es mit den Freien Schulen halten, so beabsichtigen wir auch in Zukunft vorzugehen.

Meine Einschätzung der ersten Tage rot-rot-grün in Thüringen findet ihr hier: <http://www.rothe-beinlich.de/6839262.html>.

Das Gespräch suchen und finden kann ich seit Anfang des Monats auch wieder verstärkt in Erfurt: Seit 4. März bin ich Mitglied des Stadtrates. Ich freue mich auf ein aktives Wirken in meiner Heimatstadt, ich werde hier u.a. im Sozial- und Gleichstellungsausschuss tätig sein - getreu meinem Motto: Global denken - lokal handeln.

THEMEN:

- 1) Gut 100 Tage r2g: Aktuelles aus dem Landtag
- 2) Weitere Themen der Landespolitik
- 3) Kurz berichtet / Aktuelle Anfragen im Landtag
- 4) Aus dem Erfurter Stadtrat
- 5) Weimarer Büroneueröffnung, Vorschau und Termine

1) Gut 100 Tage r2g: Aktuelles aus dem Landtag

Plenarsitzungen im Januar und Februar

Die letzten Sitzungen des Landtages waren vor allem geprägt von Wahlen oder Entsendungen von Mitgliedern des Landtages in verschiedenste Gremien und von mehr oder weniger intensiven Auseinandersetzungen mit den neuen Oppositionsfractionen. Insbesondere durch den Einzug der AfD hat sich der Ton in den Debatten teilweise unschön verschärft, Beschimpfungen durch die AfD gehören leider zur Tagesordnung.

Doch nun zu den Entsendungen: So wurde z.B. unser Fraktionsvorsitzender Dirk Adams in die Parlamentarische Kontrollkommission gewählt. In das Gremium zur Überprüfung der Abgeordneten nach dem Abgeordnetenüberprüfungsgesetz wurde ich ebenso gewählt, wie als Mitglied des Richterwahlausschusses.

Erste rot-rot-grüne Gesetzesinitiativen wie zur Sicherung der kommunalen Haushalte oder zur Aufhebung des Landeserziehungsgeldes wurden in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen.

Ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen und der CDU befasste sich mit der künftigen Strategie des Landes zu Kali+Salz, er wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als 1. Untersuchungsausschuss wurde mit einem gemeinsamen Antrag von rot-rot-grün und der CDU erneut ein Ausschuss zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes eingesetzt. Weil in der letzten Legislatur längst nicht alle Aspekte auch nur angerissen werden konnten, wird auf diesen Ausschuss erneut viel Arbeit zukommen - hier wird Madeleine Henfling unsere Fraktion vertreten.

Die CDU-Fraktion hatte einen Untersuchungsausschuss zum möglichen Fehlverhalten des Datenschutzbeauftragten im Zusammenhang mit dem Aktenfund in Immelborn beantragt. Es liegt nahe, hier maßgeblich eine Retourkutsche dafür zu vermuten, dass der Datenschutzbeauftragte (SPD-Mitglied) im vergangenen Jahr das Innenministerium (damals CDU-geführt) angezeigt hat. Aufgrund dringender Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Untersuchungsauftrages wurde zunächst diese vom Justizausschuss des Landtages geklärt. Die Anhörung ergab, dass zwar keine verfassungsrechtlichen, sehr wohl jedoch europarechtliche Zweifel hinsichtlich der besonderen Stellung des Datenschutzbeauftragten bestehen. Der Ausschuss wurde in der März Sitzung des Landtages als 2. Untersuchungsausschusses der Legislatur eingesetzt. Madeleine Henfling wird diesem Ausschuss vorsitzen.

Ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur Verwaltungs- und Gebietsreform wurde angenommen: Die Landesregierung wird noch 2015 ein Leitbild vorlegen und die Umsetzung vorbereiten. Bei der Gebietsreform wird es eine vorgeschaltete Freiwilligkeitsphase für Zusammenschlüsse geben.

Plenarsitzungen im März

Wir nahmen den Tagesordnungspunkt der Aktuellen Stunden zum Anlass, um auf verstärktes Engagement von Rassisten und Rechtsextremen in Thüringen hinzuweisen und stellten dem entgegen: "Der Frühling wird bunt - nicht braun". Danke auch allen von Euch, die sich immer wieder den Nazis entgegen stellen, Gesicht zeigen und Solidarität mit Flüchtlingen zeigen.



Rot-rot-grün hat Wort gehalten beim Verbot von Funktionszulagen aus Steuermitteln. CDU und FDP hatten allein in der letzten Legislatur hunderttausende Euro an ihre Abgeordneten gezahlt. Mit dieser Selbstbedienung haben wir Schluss gemacht - unser Gesetzentwurf wurde beschlossen. Meine Rede dazu findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/x8n>.



Leider weigert sich die CDU bis heute, diese unzulässigen Zulagen zurück zu zahlen. Auch Landtagspräsident Carius bleibt hier bislang untätig, wenngleich es um sechstellige Summen geht, die hier veruntreut wurden und nach Auffassung des Rechnungshofes zurück zu zahlen sind. Wir bleiben auch da dran.

R2G hat auch Wort gehalten beim Bildungsfreistellungsgesetz. Was in der letzten Legislatur von der CDU konsequent verschleppt wurde, haben wir in den ersten 100 Tagen vorgelegt. Das Gesetz wird hoffentlich noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Nach 25 Jahren bekommt endlich auch Thüringen ein Bildungsfreistellungsgesetz, welches ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen fünf, Auszubildenden drei Tage bezahlte Freistellung für Bildung im Jahr ermöglicht. Ich bin davon überzeugt: Bildungsfreistellung schafft Mehrwert - und zwar für alle Beteiligten: <http://www.rothe-beinlich.de/7006129.html>.

Meine Rede im Landtag zum Thema findet Ihr hier: <http://gru-enlink.de/x91>.



Um die Rechtschreibfähigkeit der Thüringer SchülerInnen war die AfD laut einem vorgelegten Antrag besorgt. Panikmache ist jedoch komplett fehl am Platz. Die vorliegenden Ergebnisse der Bildungsforschung zeigen, dass 87 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler die Orthografie-Mindeststandards und darüber hinaus erreichen. Auch unsere kompetenzorientierten Lehrpläne sowie der Thüringer Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren gehen detailliert auf die Thematik der Rechtschreibfähigkeit ein. Ich meine, es kommt zudem nicht nur darauf an, ein Wort richtig zu schreiben, sondern es richtig zu verstehen. Hier auf entsprechende Kompetenz der Schülerinnen und Schüler zu setzen, ist der richtige Weg. Das simple Auswendiglernen dagegen entspricht wohl eher dem Weltbild der AfD - jemand setzt Regeln und alle anderen haben sich daran zu halten, basta.

Als verlogen würde ich auch den wohlklingenden Namen eines Antrages der CDU-Fraktion werten. Bei „Mehr Akzeptanz für die Energiewende schaffen - verlässliche Abstandskriterien für Windkraftanlagen“, ging es nur um eins: Verhinderung. Der Antrag wurde mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

2) Weitere aktuelle Themen der Landespolitik

Auch die zukünftige Finanzierung der **Freien Schulen** in Thüringen beschäftigt uns derzeit intensiv. Nachdem der Verfassungsgerichtshof das aktuelle Gesetz aufgrund unserer Normenkontrollklage für verfassungswidrig erklärt hat, befindet sich das Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft aktuell in der Überarbeitung. In den nächsten Wochen wird dazu dem Landtag ein Gesetzentwurf zur Verfügung gestellt, der spätestens im Sommer verabschiedet wird und rückwirkend zum 9. Februar in Kraft treten soll. Neben einer substantiellen Verbesserung der Finanzhilfe für freie Schulen werden wir die Verwendungsnachweisführung vereinfachen und auch die Genehmigungspraxis von Lehrkräften entbürokratisieren. Es wird selbstverständlich eine parlamentarische Anhörung dazu geben, in der wir sehr genau die Stellungnahmen der Träger in unsere Überlegungen einbeziehen werden. Unser Ziel ist ein modernes, verfassungskonformes und vor allem ein langfristig finanziell auskömmliches Gesetz für freie Schulen in Thüringen, welches auch die tatsächlichen Kostensteigerungen abbildet und berücksichtigt.



Wir werden uns zudem ganz maßgeblich daran messen lassen müssen, wie wir eine menschenwürdige **Unterbringung von Asylsuchenden** angehen. Mit mindestens 9000 bis 11000 Asylsuchenden rechnet das zuständige Ministerium für dieses Jahr. Das Land ist für die Erstaufnahme zuständig, diese dauert in der Regel drei Monate und findet in den entsprechenden Einrichtungen

statt. Allerdings sind wegen der steigenden Flüchtlingszahlen die beiden vorhandenen Erstaufnahmeeinrichtungen in Suhl und Eisenberg voll. Es ist daher dringend notwendig, neue Unterbringungsmöglichkeiten für die Erstaufnahme zu schaffen. Derzeit sind mehrere Immobilien im

Gespräch, wie zum Beispiel die ehemalige Berufsschule in Gera-Liebschwitz (Bild: das ehemalige Internat), die alte Klinik in Rudolstadt oder auch die Görmar-Kaserne in Mühlhausen.

Kurzfristig nutzbar ist nur die ehemalige Berufsschule in Gera-Liebschwitz. Allerdings ist noch offen, welche Kapazität dort bau- und brandschutzrechtlich möglich ist. So braucht es u.a. einen zweiten Fluchtweg für das ehemalige Internat. Meine Stellungnahme dazu findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/x9b>.

Festzuhalten ist, dass die berechtigten Anliegen der Liebschwitzer von rechtsextremen Trittbrettfahrern geschürt und ausgenutzt werden. Nicht der kleine Ortsteil Liebschwitz - die große Stadt Gera nimmt die Flüchtlinge auf.



Das zuständige Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz wird am 23. April im Erfurter Augustinerkloster einen **Thüringer Flüchtlingsgipfel** mit vielen Akteuren, Kommunen und Initiativen veranstalten. Die Frage der Erstaufnahme wird dabei ebenso eine Rolle spielen wie die zukünftige Unterstützung des Landes bei der längerfristigen Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge nach Ablauf der ersten drei Monate. Denn danach sind die Kreise und kreisfreien Städte zuständig, für würdige Behandlung der Betroffenen zu sorgen.

3) Kurz berichtet

- Den aktuellen Thüringen-Monitor, traditionell Anlass zu einer Regierungserklärung mit großer Debatte im Landtag war, findet ihr mit dem Link (pdf, ca. 5MB): <http://gruenlink.de/wjl>
- 25 Jahre Geraer Grüne. Zeit, zurückzublicken - war das Motto des diesjährigen Empfangs des grünen Kreisverbandes. Auch ich durfte 25 Jahre zurück und in die Zukunft einer rot-rot-grünen Landesregierung blicken. Einige Eindrücke finden sich hier: <http://gruenlink.de/x9d>.
- 22 Prozent beträgt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Deutschland, durchschnittlich 16 Prozent in den meisten anderen europäischen Ländern. Anlass genug für den jährlichen Equal Pay Day und eine Aktion (Bild) vor dem Landtag. Dazu hier: <http://gruenlink.de/x9e>.



Aktuelle Anfragen im Landtag

gern. auch zu den Themen, die Euch bewegen.

- Kleine Anfrage „Beschäftigungsverbot geduldeter AusländerInnen“: <http://gruenlink.de/xa2>
- Kleine Anfrage „Fernverkehrsverbindungen für Weimar und Gera auf der Mitte-Deutschland-Verbindung“ (noch ohne Antwort): <http://gruenlink.de/x9f>
- Die mündliche Anfragen: „Vertretung für dauererkrankte Lehrkräfte an Thüringer Schulen“ (<http://gruenlink.de/xa3>) und „Unterstützung von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf beim Übergang in das Berufsleben“ (<http://gruenlink.de/xa5>) wurden in den Plenarsitzungen besprochen. Die Antworten senden wir gern zu.

4) Aus dem Erfurter Stadtrat

Seit dem 4. März bin ich auch wieder Stadträtin in Erfurt und vertrete unsere grüne Fraktion zusätzlich im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gleichstellung und als Aufsichtsrätin in der SWE Holding. Thematisch kümmere ich mich auch hier ganz maßgeblich um die Frage der Flüchtlingsunterbringung und eine gelebte Willkommenskultur. Am 1. und 2. Mai haben die NPD bzw. Hogesa erneut Aufmärsche in Erfurt angekündigt, denen wir uns widersetzen werden - auch hier gibt es viel zu tun und sind UnterstützerInnen ausdrücklich erwünscht

5) Vorschau und Termine

Die nächste Mitgliederversammlung im Unstrut-Hainich-Kreis findet am 15. April in der grünen Geschäftsstelle, Herrenstraße 21 in Mühlhausen statt.

Eine Woche später, am 22.4. findet ein regionaler Flüchtlingsgipfel in Mühlhausen statt, u.a. mit dem grünen Migrationsminister Dieter Lauinger. Beginn ist 19 Uhr im Mehrgenerationenhaus.

Der diesjährige Bundesfrauenrat tagt am 18. und 19. April in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin: Infos dazu: <http://www.gruene.de/partei/bundesfrauenrat.html>. Vielleicht sieht frau sich dort?



Die grüne Geschäftsstelle in Weimar am Burgplatz 5 (Bild) wurde umfassend renoviert. Neuer Fußboden, neue Farbe, teilweise neue Möbel und ein neues Abgeordnetenbüro - Gründe genug, nach getaner Arbeit und gut 25 Jahre nach Gründung der Grünen Partei in Weimar für einen kleinen Empfang. Für den 24. April, 17 Uhr laden der Kreisverband, die Stadtratsfraktion und ich herzlich dazu ein.

Am Rande wird dabei die neue Koalition im Weimarer Stadtrat unter grüner Beteiligung und ihr schwieriger Start Thema sein. Dies wird ganz sicher ein Tagesordnungspunkt bei der nächsten Mitgliederversammlung in Weimar am 5. Mai, 19.30 Uhr.

Für den 1. Mai plant die NPD wieder einen Aufmarsch in Erfurt. Parallel dazu ruft „Der dritte Weg“, eine neue Rechtsaußen-Organisation zu einem Marsch durch Saalfeld auf. Beiden Aufzügen gilt es, entschlossen entgegenzutreten. Ich rufe auf zum Gesicht zeigen!

Gleiches gilt auch für den am 2. Mai, ebenfalls in Erfurt, angemeldeten Aufzug von „Hooligans gegen Salafisten“. Die Stoßrichtung aller drei Aufmärsche - gegen unsere freie Gesellschaft - ist deutlich. Wir werden das nicht unwidersprochen hinnehmen.

Bitte merkt Euch den Termin für die nächste GrenzerFAHRung vor. Vom 14.-16.8. wird auch dieses Jahr eine Radtour auf der Route der innerdeutschen Grenze, diesmal von Sonneberg nach Mellrichstadt, stattfinden und ich freue mich auf engagierte MitradlerInnen



Liebe Freundinnen und Freunde,

in wenigen Tagen ist Ostern und ich hoffe, Ihr könnt alle ein wenig durchatmen und Kraft tanken und findet Zeit mit Euren Lieben☺
Ich werde selbiges tun.

Weitere aktuelle Meldungen, Kleine und mündliche Anfragen

findet ihr regelmäßig auf meiner Internetseite:

<http://www.rothe-beinlich.de>.

Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen.

Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir - nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlich grüßt Euch Eure

Astrid Rothe-Beinlich

Astrid Rothe-Beinlich

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Weimar: Burgplatz 5, 99423 Weimar; T: +49(0)3643/ 9007850, F: +49(0)3643/ 493689,

Mail: weimar@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,

Mail: gera@rothe-beinlich.de

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709

Mail: muehlhausen@rothe-beinlich.de

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps, M. A.

Bildquellen: gruene-thueringen.de, Grüne Landtagsfraktion, Eigenes Archiv